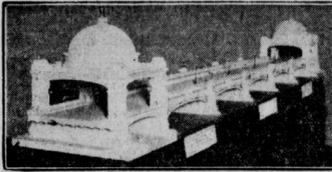
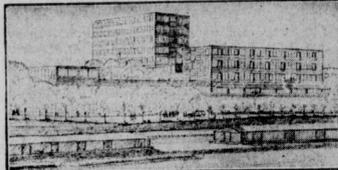


Volks-Zeitung



Neues
Brücken-
modell
„Empire-
Bridge“
für
London

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
Moden-Zeitung Sport-Zeitung
Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg.
Techn.-Zeitung  Witzblatt „ULK“
2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Entwurf
eines
neuen
Gewerkschafts-
hauses,
für Frank-
furt von
Architekt
Max Taut

Reichstag über Finanz-Verantwortung Wieder Tardieu? - Seltsame Liebestragödie

Nur indirekte Steuern!

Das Steuerbukett, das Dr. Moldenhauer heute dem Reichskabinet vorlegen wird

Wenn der Reichstag bis Sonnabend die Zeit mit nebensächlichen Vorlagen totgeschlagen hat, wird er in die Faszinationen gehen, aus denen er, wenn er Glück hat, das wir ihm um unser selbst willen wünschen, nicht durch die unliebenswürdige Geste eines Poincaré aufgestört werden wird. Indessen wird die Regierung das Finanzprogramm beraten und, wenn es geht, eine Einigung darüber zu erzielen suchen. Ob es geht, und wie weit man sich über Herrn Moldenhauers Vorschläge verständigen können, steht noch dahin. Denn die Gegensätze, die die Parteien nicht zu überwinden vermochten, bestehen auch im Kabinet, zumal sich besonders die volksparteilichen Minister völlig auf die Parteilinie eingestellt haben, wie das Moldenhauer'sche Finanzprogramm, das heute das Kabinet beschäftigt wird, beweist. Dieses Programm hat folgenden Inhalt:

Aufgebracht werden soll einschliesslich der Ueberweisungen an die Länder insgesamt ein Betrag von 475 Millionen Mark. Der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung ist dabei noch nicht berücksichtigt. Diese 475 Millionen will Dr. Moldenhauer folgendermassen zusammenbringen:

75 Prozent Biersteuererhöhung: 240 Millionen Mark (davon 90 Millionen zur Ueberweisung an die Länder).

Benzinoll, später Benzinsteuer (von 4 Pfennig): 65 Millionen Mark (davon 40 Millionen an die Länder).

Steuer auf Mineralwasser: 40 Millionen Mark (ganz zu überweisen an die Länder).

Vorverlegung der Fälligkeitstermine für die neuen Steuern: 30 Millionen Mark.

Kaffee- und Teezoll: 50 Millionen Mark.

Verzicht auf Herabsetzung der Industriebelastung: 50 Millionen Mark.

Die 250 Millionen Mark Fehlbetrag aus der Arbeitslosenversicherung

sollen, wie schon aus früheren Mitteilungen bekannt, zu 150 Millionen Mark aus dem Verkauf von Reichsbahn-Vorzugsaktien an die beiden Sozialversicherungen und zu 100 Millionen Mark durch „innere Reformen“ der Arbeitslosenversicherung erbracht werden, über die nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministers der Verwaltungsrat dieser Versicherungen autonom entscheiden soll.

Die ursprünglich in Höhe von 80 Millionen Mark beabsichtigten Abstriche im Etat sind durch die bisherigen Kabinettsbeschlüsse auf 50 Millionen Mark vermindert worden. Dem stehen aber Mehrausgaben im Betrage von 49 Millionen Mark und weitere 35 Millionen Mark unvorhergesehene Mindereinnahmen gegenüber.

Bei diesem Steuerprogramm des volksparteilichen Reichsfinanzministers fällt vor allem auf, dass es nur indirekte Steuern enthält, also Steuern, die den Konsum belasten. Wenn auch die Sozialdemokraten einzelne indirekte Steuern hinzunehmen gewillt sind, so wird diese Häufung von Konsumsteuern sicherlich auf ihren und ihre Minister Widerstand stossen, und Herr Moldenhauer hätte daher klug gehandelt, von vornherein die stärkste Partei in der Koalition nicht in der von ihm beliebigen Weise vor den Kopf zu stossen. Die Defizitdeckung durch Konsumsteuer ist auch insofern sehr gewagt, als die Eingänge leicht hinter dem Steuersoll zurückbleiben könnten, wie sich ja auch die Berliner Finanzkünstler mit

der Tarifierhöhung, die auf dem Papier genau stimmte, verrechnet haben. Wir halten es daher nicht für ausgeschlossen, dass die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung nach einem Notopfer, das heisst mit einer Zuschlagsbesteuerung der höheren Einkommen, durchdringt,

zumal im Kabinet mindestens fünf Anhänger des Notopfergedankens (vier Sozialdemokraten und der Reichsverkehrsminister Stegerwald) sitzen.

Santo Domingo in Hand der Aufständischen

SANTO DOMINGO, 26. Februar. (Associated Press.)

Die Aufständischen sind heute vormittag in die Stadt eingezogen und haben die öffentlichen Gebäude und die Zitadelle besetzt. Die Einnahme der Stadt erfolgte ohne jedes Blutvergiessen. Der Präsident und der Vizepräsident der Dominikanischen Republik haben sich, wie gerüchtheilweise verlautet, in die amerikanische Gesandtschaft geflüchtet.

Fort damit!

Von den in der Zeit von 1890 bis 1900 erlassenen Polizeiverordnungen sind auf Grund eines Ministerialerlasses 3937 aufgehoben und 204 abgeändert worden, 688 blieben noch bestehen, deren Notwendigkeit oder Zweckmässigkeit in vielen Fällen aber auch zweifelhaft sein dürfte. Der preussische Minister des Innern hat daher folgendes angeordnet:

„Ich setze hiermit sämtliche Polizei-Verordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen Polizei-Verordnungen, die die Strom-, Schiffsfahrts- oder Hafenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. Mai 1930 ausser Kraft. Dieser Beschluss bezieht sich auch auf diejenigen vor dem 1. Januar 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen, die nach diesem Datum abgeändert sind.“

Aufhebung aller vor 1900 erlassenen Polizei-Verordnungen

Die von dem Ausserkraftsetzungsbeschluss betroffenen Polizeiverordnungen sind nochmals nach Form und Inhalt eingehend zu prüfen und, soweit sie sich als unabweisbar notwendig er ergeben, sind sie nach Möglichkeit mit später erlassenen einschlägigen Polizeiverordnungen zu vereinigen. Besteht dazu keine Möglichkeit, so sind sie neu zu erlassen, wobei zu prüfen ist, ob eine einheitliche Regelung für einen Kreis oder Regierungsbezirk angebracht erscheint.

Zur weiteren Bereinigung des Polizeiverordnungswezens ersucht der Minister des Innern, nunmehr in eine Nachprüfung der in der Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 1. Januar 1910 erlassenen Polizeiverordnungen einzutreten. Der Minister ersucht ferner, bei dem Erlass von Polizeiverordnungen grösste Vorsicht obwalten zu lassen.

Keine Regierung von Nazi-Gnaden

Abgabe der Demokraten in Sachsen an die Wirtschaftspartei

DRESDEN, 26. Februar.

Die sächsische Wirtschaftspartei hatte ihren Vorschlag, den Präsidenten des sächsischen Staatsrechnungshofes Schieck als Ministerpräsidenten zu wählen, auch den Demokraten mitgeteilt und um deren Zustimmung gebeten. Darauf hat die Wirtschaftspartei heute von den Demokraten folgende Antwort erhalten:

„Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, dass eine sächsische Regierung, die sich auf die Nationalsozialisten stützt oder auch nur von ihrer Duldsamkeit abhängig ist, nicht von Dauer sein kann. Zur Bewältigung der schweren Aufgabe, die, wie Sie ganz richtig sagen, in naher und ferner Zukunft in Sachsen zu lösen sind,

ist eine solche Regierung nicht fähig, da sie sich im Landtag nicht auf eine ausreichende und sichere Mehrheit stützen kann. Wir bedauern deshalb, Ihnen unsere Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung (Ministerpräsident Schieck) nicht zusagen zu können.“

Das Richtige wäre es, dass die Sozialdemokraten, die im sächsischen Landtag die stärkste Fraktion aufweisen, die Regierungsbildung übernehmen. Werden sich die Rechtsparteien in Sachsen endlich dazu bequemen, der S. P. D. die Bahn für die Bildung der Grossen Koalition freizugeben?

Geographie schwach!

Nazis sollten in die Schule, aber nicht ins Parlament gehen

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kube hatte im preussischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, in der gefordert wurde, dass trotz des Anschlusses Waldecks an Preussen, „aus historischen Gründen und auch in Folge der Bedeutung des Ortes“ die Stadt Mennighüffen das Stadtrecht behalten solle. Nunmehr ist die Antwort des preussischen Ministeriums eingegangen. Sie lautet knapp und klar: „Eine Gemeinde Stadt Mennighüffen ist im Gebiete des früheren Freistaates Waldeck nicht vorhanden.“

büffen ist im Gebiete des früheren Freistaates Waldeck nicht vorhanden.“

Herr Kube hätte sich seine Blamage sparen können, wenn er die Nase einmal in einen Atlas gesteckt hätte! Offenbar ist er einem schlechten Scherz zum Opfer gefallen. Oder aber irgendein Spassvogel wollte einmal feststellen, wie tief man die Unwissenheit eines nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten einschätzen darf. Aber sei dem, wie ihm wolle: Herr Kube ist in der Geographie so schwach, dass ihm die eigene Partei im Interesse der Ersparung weiterer Blamagen den menschenfreundlichen Rat geben sollte, statt ins Parlament lieber erst einmal ordentlich zur Schule zu gehen.